

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Zehn Jahre Deutsche Reichsverfassung und die Gewerkschaften.

Am 11. August fährt sich zum 10. Male der Tag, an dem der erste Reichspräsident, unser verstorbener Friedrich Ebert, die neue Verfassung des deutschen Reiches unterzeichnete und in Kraft setzte. Bezeichnen diese 10 Jahre auch einen bitteren Leidensweg, so ist das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands — an den Verhältnissen am Ende des Krieges gemessen — doch rasch und umfassend konsolidiert worden. Die deutsche Arbeiterklasse hat allen Grund, sich in diesen Tagen mit der Verfassung und ihrem Wirken zu befassen, denn letzten Endes ist sie der Träger des Fundaments wie auch der Einrichtungen des neuen republikanischen Staates.

Hatte das arbeitende Volk nach Kriegsende die politische Staatsgewalt ergriffen, so tauchten schon damals oder doch recht bald bange Zweifel auf, ob diese Herrschaft infolge der mangelhaften Vorbedingungen auf die Dauer gehalten werden könnte. Die Mehrzahl entschied sich für die politische Demokratie. Sie sah in der neuen Staatsverfassung nicht ihr Endziel, sondern den Boden, auf dem die Arbeiterklasse ihren entscheidenden Einfluß nach der Richtung auszuüben gewillt war, die endgültige Herrschaft der Arbeiterklasse vorzubereiten. In der Weimarer Verfassung wurde vieles verwirklicht, was die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten erstrebt hatte. In dem Artikel 1 der Verfassung, der da lautet:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“,

sah die deutsche Arbeiterschaft eine Verwirklichung des Grundsatzes der Demokratie. Das Prinzip der Volkssouveränität war dadurch zum herrschenden System erhoben. Und da die Mehrheit des deutschen Volkes aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, so ruht in dieser breiten Schicht der herrschende Faktor, durch den und mit dem alle Politik in Deutschland ihre Zielsetzung erhält. Noch ist diese zur Herrschaft berufene breite Schicht des Volkes nicht weit genug, ihre eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen und zu meistern. Ein sehr großer Teil, wenn nicht die Mehrheit, gibt nicht sozialistischen, sondern den sogenannten bürgerlichen Parteien ihre Stimme. Namentlich hat sich das Frauenwahlrecht in dieser Beziehung noch nicht so bewiesen, wie von ihm erhofft wurde. Hier ist noch eine jahrelange Aufklärung notwendig, um den breiten Schichten den Gedanken näherzubringen, daß ihr eigenes Geschick in ihre Hand gelegt ist. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften und der politischen Vertretung der Arbeiterschaft, den deutschen Arbeitern und den deutschen Arbeiterfrauen einen starken und unbeugbaren Willen in ihren Kämpfen beizubringen.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist noch nicht so weit zu seinem Verfassungstag, wie Gottfried Keller es ersehnt und besungen hat: „an einem frohen Sommertag das ganze Volk zum Fest des freien Volksstaates zu vereinigen“. Es sind in der deutschen Bevölkerung noch massenhaft rückständige Elemente vorhanden, die sich mit der neuen Zeit nicht ausöhnen können. Diese arbeiten daran, nötigenfalls mit Gewalt, die Uhr der Zeit zurückzudrehen. Wenn wir auch der festen Überzeugung sind, daß dies nicht gelingen wird, so sind diese Bestrebungen doch als ein Faktor der politischen Unruhe zu werten. In dem Kampf der Reaktion spielt die Weimarer Verfassung eine große Rolle. Man will mit der Beseitigung der Reichsverfassung den Einfluß des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens ausschalten. Der Kampf geht letzten Endes um die politische und wirtschaftliche Macht.

Und deshalb ist uns die gegenwärtige Reichsverfassung mehr als lediglich eine politische Einrichtung.

Mit der Stabilisierung der gegenwärtigen Verfassung schützen wir zugleich den Einfluß der Arbeiterklasse in den großen Schaltwerken der Politik und des öffentlichen

DIE REPUBLIK

(Zum 11. August 1929).

Nun haben wir die Republik,
jedoch noch nicht aus einem Stück
Ist dieses Staatsgefüge!
Noch immer herrscht die Geldsacksmacht,
Noch immer herrschen Niedertracht
Und Habsucht, Haß und Lüge!

Jedoch der Anfang ist gemacht!
Es ist der Fürstenkronen Pracht
Zerstoben und zerronnen!
Auch ist trotz Rückschrittskumpaneel
Das deutsche Volk politisch frei —
Der Aufstieg hat begonnen!

Denn diese Freiheit nutzen wir!
Wir kämpfen gegen Mammonsgier
Mit Mut und Kraftdurchdrungen!
Wir kämpfen, bis die Niedertracht
Brutaler, frecher Geldsacksmacht
Zu Boden ist gezwungen!

Dazu gibt uns genügend Raum
Der schwarz-rot-goldene Fortschrittsbaum
Der jungen Republik!
Drum schützen wir das neue Reich,
Umgürten es mit Wall und Deich
Mit kühnem Zukunftsblick!

Wir schwören: Hoch die Republik!
Und gehe es durch Sumpf und Schlick,
Wir spotten aller Plage,
Bis endlich reiner Tisch gemacht,
Bis endlich uns die Sonne lacht
Am Völkerfreiheitstage!

Drum auf zur Freiheit, auf zum Glück!
Vorwärts zur roten Republik!
Gefechtesklar die Reihen!
Heran, Proleten, Mann für Mann!
Ein jeder tue, was er kann,
Dann wird das Werk gedeihen!

Das gute Werk, die große Tat,
Das Werk, dem edle Freiheitssaat
Entquillt zur Fruchtvollendung!
Zum Kampf für Gleichheit, Republik,
Für Freiheit und für Völkerglück,
Erkämpft die Völkerwende! Taefs.

Lebens. Wenn wir das tun wollen, so muß unser Ziel darauf gerichtet sein, den Flugband der Unentschlossenen zwischen den Parteien, das Heer der Verbitterten und Verärgerten zu verringern und zu beseitigen.

Gerade auf diesem Gebiete zeigt es sich, daß die jahrhundertelange Erziehung des deutschen Volkes in falsche Bahnen gelenkt war. Das deutsche Volk ist nicht dazu erzogen, seine eigenen Geschicke selbst zu meistern. Noch heute hat Gültigkeit, was der große Gelehrte und Denker Aristoteles vor mehr als 2000 Jahren sagte: „Das Wichtigste für den Bestand einer Staatsform ist eine der Verfassung angemessene Erziehung. Die heilsamsten Befehle, hervorgegangen aus einmütiger Entschliebung aller Staatsbürger, fruchten nichts, solange nicht Sorge getragen wird, daß die einzelnen sich in sie hineinleben und im Geiste der Verfassung erzogen werden.“ Hiermit wird eines der dunkelsten Kapitel der Nachkriegszeit berührt. Noch heute ist die Jugend in Deutschland einem reaktionären Ppharisaertum ausgeliefert, das sich auf den Kathedern der

Schulen breitmacht. Die letzten Demonstrationen der Hochschulljugend gegen die Anordnungen der preussischen Staatsregierung haben dies deutlich gezeigt. Leider erweist sich die Republik zu schwach, um hier mit eisernem Befehl auszuweichen. Da ist es ein Glück, daß sich die deutsche Arbeiterschaft in den mit Opferwilligkeit aufgebauten

Gewerkschaften vorbildliche Erziehungsorgane schuf, die die Charaktere aus der breiten Masse des Volkes auszubilden in der Lage sind. Die Schule der Organisation holt nach, was die staatlichen Erziehungsanstalten veräußert haben und noch veräußern. Bis in die neueste Zeit waren alle Lehranstalten darauf gerichtet, nicht freischaffende Menschen, sondern Knechtsseelen zu erziehen. Ein innerlich unfreier Mensch kann nicht für die Freiheit anderer wirken.

Leider gibt es auch heute noch unter der Arbeiterschaft allzu viele, die sich noch nicht oder doch nur sehr schwer von den Vorurteilen befreien können, die ihnen in der Jugend anerkundet und in späteren Jahren unter Anwendung mehr oder weniger drastischer Mittel eingetrichtert worden sind. Noch jetzt wissen sich wirkliche oder vermeintliche Vorgesetzte ihrer — allerdings mit wechselndem Erfolge — zu bedienen. Sobald sich die Allgemeinheit einmal das Dichterwort: „Der Großen Hochmut wird sich legen, wenn eure Kriecherei sich legt!“ zu eigen macht, wird es mit der Unterdrückung freier Menschen endgültig vorbei sein.

Wenn die in den Gewerkschaften vereinigte Arbeiterschaft sich für die gegenwärtige Staatsverfassung einsetzt, so weiß sie, daß sie in diesem Verfassungswerk Voraussetzungen für die Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes verleiht. Nur auf dem Untergrund des freien Volksstaates kann der Gewerkschaftskampf auf Erfolg rechnen. Aber wir vergessen dabei nie, daß auch die freieste Demokratie die Arbeiterschaft nicht von der wirtschaftlichen Unterdrückung zu befreien vermag. In der politischen Demokratie ist der Untertan zum Staatsbürger geworden. Aber der Staatsbürger ist noch immer trotz aller politischen Freiheiten Wirtschaftsuntertan. Gewisse Ansätze, den Hand- und Kopfarbeiter zum Wirtschaftsbürger zu erheben, sind in der Verfassung vorhanden. Das Wort der Reichsverfassung „Eigentum verpflichtet“ hat bei den deutschen Unternehmern noch nicht die genügende Resonanz gefunden. Solange große Menschenmassen der Arbeitslosigkeit überantwortet sind, solange noch Mangel und Elend, Not und Verzweiflung herrscht, solange können wir nicht von einem vollendeten Staatswesen reden. Bedürfnisse und Arbeitskräfte, Arbeitsstoff und Arbeitsmittel sind in die richtige Beziehung zueinander zu bringen.

Aus diesen Gründen haben die Gewerkschaften die Forderung der Wirtschaftsdemokratie zu ihrem Programm erhoben. Die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie schafft erst die Bedingungen, die ein wahrhaft freies Staatswesen haben muß. Und an dem Tage, wo neben der politischen Demokratie die wirtschaftliche Freiheit triumphiert, werden wir das Hohenlied auf die Demokratie uneingeschränkt singen können. Wenn die Verwirklichung dieses Zieles nicht in ferne Zeiten verlegt werden soll, so müssen die arbeitenden Massen sich noch wesentlich mehr rühren als bisher. Sie müssen sich die Worte ins Gedächtnis prägen, die ein deutscher Dichter 1848 in folgende Verse sagte:

Du sollst nicht kalt und ruhig stehn,
Wenn große Taten rings geschehn,
Beschau das Bauwerk deiner Zeit
Und seine Größe und Herrlichkeit.
Erhebe dich aus fauler Ruh
Und greif mit an und greif mit zu!
Und wär's auch nur ein kleiner Stein,
Füg in den Bau ihn doch hinein!
Du sollst nicht kalt und ruhig stehn,
Wenn große Taten rings geschehn!

Das FACHBLATT DER MALER

Ist Eigentum des Verbandes.

Auch Du mußt Abonnent sein!

Das Problem der deutschen Kapitalverförgung.

Die Geschichte der industriellen Entwicklung lehrt, daß eine Wirtschaft stets dann großen Kapitalbedarf hat, wenn ihr industrieller Apparat eine Ausweitung oder eine Neueinführung größeren Stils erfährt. Gewiß befindet sich der Wirtschaftapparat aller Länder in einem dauernden Wachstum, aber man kennt Epochen, wo dieses in einem Geß von der Norm abweichenden raschen Tempo geschah. Es sel nur an die Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und an den gigantischen Aufstiege der amerikanischen Industrie während der letzten Jahrzehnte erinnert, des ferneren, daß das große Reußenreich vor einer ähnlichen Entwicklung steht, deren großartigiger Entfaltung nur eine künstliche Schranke vorgelegt ist. Ähnliche Tempounterschiede wie in der industriellen Entfaltung finden wir in der Umgestaltung des Wirtschaftapparates, die wir mit dem Worte „Rationalisierung“ bezeichnen. Daß auch diese einen dauernd, ja, vielleicht sogar einen ewig währenden Prozeß darstellt, bedarf keines weitern Beweises, es kommt nur darauf an, die Merkmale jener Epochen zu finden, in denen sie, wie man sagt, Riesenschritte vollzieht. Das ist namentlich dann der Fall, wenn der vorhandene Wirtschaftapparat an sich groß genug ist, den an seine Leistungsfähigkeit gestellten Ansprüchen zu genügen, aber dessen Ausnutzung und Wirtschaftlichkeit bis zu den höchst erreichbaren Graden entwickelt werden muß. Anlaß dazu kann sein, daß der Produktionsfaktor Mensch fehlt, oder seine Betriebsnahme zu teuer ist. Das war einer der Hauptgründe zu der gigantischen Rationalisierungsbewegung der Vereinigten Staaten, die in der Anwendung Forderscher Fabrikationsmethoden ihren Gipfel findet. Anlaß, den vorhandenen Wirtschaftapparat durch Rationalisierungsmaßnahmen zu vollster Leistungsfähigkeit zu bringen, kann aber auch sein, wenn von seiten des Verbrauchs entsprechende Ansprüche gestellt werden und zu einer Ausweitung des Apparates die riesigen Kapitalien gar nicht oder nur zu hohen Zinssätzen herbeigebracht werden können.

In dieser zuletzt geschilderten Situation befindet sich zweifellos die deutsche Wirtschaft. Die Ansprüche des Konjums, so nannten wir es oben, werden gestellt einmal von einer Arbeiterschaft, die auf starke Gewerkschaften gestützt, eine angemessene Beteiligung am Produktionsertrage fordert, zum andern vom Ausland, das die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen verlangt. Da der industrielle Produktionsapparat, von Ausnahmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen abgesehen, noch ausreicht, um die notwendigen Gütermengen zu erzeugen, steht vornehmlich dessen Modernisierung zur Debatte. Das dazu zu verwendende Kapital soll als Rationalisierungskapital seine Anlage finden.

Wo dieses nun hernehmen? Es bestehen da die beiden großen Möglichkeiten, es im reicheren Ausland zu leihen oder im Inlande selbst aufzubringen. Hierbei ist besonders der erste Weg sehr umstritten. Zu den ausgiebigen Debatten zu diesem Problem der Auslandsanleihen zog man die Geschichte der Industrialisierung verschiedener Länder als Beweis dafür heran, daß wohl die Erstellung einer Industrie mit Auslandskapital nichts Neues darstelle und, wie die Erfahrung lehrt, in derartigen Fällen das kreditnehmende Land dadurch keinen Schaden, sondern Nutzen davon getragen habe, aber man weigerte sich, diese Erkenntnis auch für das sogenannte Rationalisierungskapital gelten zu lassen. Diese Weigerung entbehrt indes ihrer logischen Begründung, da der Zweck jedesmal der gleiche ist, nämlich gesteigerte Ertragsfähigkeit zu erzielen.

Indes sind Wirtschaftsgesetze ja auch stärker als von Menschenhand erfundene und propagierte Theorien. Da auf dem deutschen Markte die erforderlichen Kredite nicht

befriedigt werden konnten, stieg der Zinssatz, und das Auslandsgeld floß der deutschen Wirtschaft in reichlichem Maße zu. Eine künstliche Hemmung erfuhr dieser Strom nur durch einen staatlichen Eingriff, wonach die Rechte der öffentlichen Körperschaften in der Herannahme von Krediten eine Einschränkung erfuhren. Hierbei ging allerdings der Kampf nicht mehr um das Prinzip, ob Auslandskredite notwendig seien, sondern nur um deren Verwendung, die Herr Schacht und andere für zweckmäßig hielten.

In welchem Maße Auslandsgelder der deutschen Wirtschaft zufließen, läßt ab vom inländischen Kapitalbedarf und von den Ausmaßen der inländischen Kapitalbildung. In den deutschen Kapitalmarkt stellte die deutsche Wirtschaft folgende Ansprüche im Vierteljahrsdurchschnitt:

1913/14	731 Millionen Mark
1926	1128 " "
1927	1103 " "
1928	1114 " "
1. Quartal 1929	887 " "

Der Kapitalbedarf hat, soweit der Inlandsmarkt zu seiner Deckung herangezogen wurde, also stark nachgelassen. Das hat mehrere Gründe. Einmal hat sich das Tempo der Rationalisierung verlangsamt, zum andern aber, und das ist das entscheidende Moment, hat die sogenannte Selbstfinanzierung während der letzten Jahre so gewaltige Formen angenommen, daß im ersten Quartal dieses Jahres, wenn eine gegenüber 1913/14 rund 50prozentige Geldentwertung angenommen wird, die Beanspruchung des heimischen Kapitalmarktes viel geringer war, als im letzten Vorkriegsjahre. Durch ungewöhnlich hohe Rücklagen, Abschreibungen und Ausschüttungen aus laufenden Betriebsmitteln, wurden die Unternehmungen nicht nur auf Kosten der Dividenden, sondern mehr noch auf Kosten der Arbeiterlöhne technisch und wirtschaftlich hochgebracht.

Auch der Zustrom aus dem Ausland hat, wie folgender Aufstellung zu entnehmen ist, stark nachgelassen. Es flossen der deutschen Wirtschaft folgende Summen zu:

in Millionen Mark	1926	1927	1928	1929
Aus den Verein. Staat. v. Amer.	1259	1158	1086	1011
" England	141	149	157	52
" den Niederlanden	186	231	193	51
" der Schweiz	42	46	47	44
" Schweden	36	43	9	2
" dem sonstigen Ausland	106	32	81	5
Insgesamt:	1770	1659	1573	315

Hier wird die Tendenz der Verminderung noch deutlicher als bei der Beanspruchung des Inlandsmarktes. Interessant ist die Herkunft der Gelder. Aus den Vereinigten Staaten, dem größten Gläubigerlande der Welt, stammten im verfloßenen Jahre rund 70% aller im Auslande von Deutschland entliehenen Gelder. In zweiter Stelle stand während der letzten Jahre Holland im Jahre 1928 mit über 12%; ihm folgte England mit nicht ganz 9%; die Schweiz mit über 3% und alle sonstigen Länder mit etwa 6%. Amerika sind wir in ganz besonders hohem Maße verpflichtet und da die deutsche Wirtschaft wohl auch während der nächsten Jahre kaum auf die Kredithilfe aus diesem Lande verzichten kann, haben wir alle Ursache, uns seine Sympathien zu erhalten. In diesem Zusammenhang mag ein Wort des Außenministers Stresemann, das in der Debatte über die Pariser Konferenz fiel, Erwähnung finden. Auf die Diskussionsrede eines deutschnationalen Abgeordneten, der von einer Verklärung Deutschlands durch die Reparationszahlungen an die Siegermächte sprach, äußerte sich Dr. Stresemann veranlaßt, zu bemerken, daß nicht wir die Sklaven der Siegermächte, sondern ganz Europa der Sklave eines Landes zu werden drohe, das im Kriege glücklicher war als wir. Damit war das finanziell erstarkte Amerika gemeint. Da derartige Äußerungen in Washington

kaum unbemerkt bleiben, ist die Redewendung des deutschen Außenministers im Interesse des deutschen Kredits außerordentlich zu bedauern, auch wenn die daran geknüpften Schlußfolgerungen richtig sind.

In welchem Tempo sich die Inlandskapitalbildung vollzieht, mag ein Blick auf die Einlagenbestände bei den deutschen Sparkassen, die im Rahmen der Gesamtkapitalbildung einen wichtigen Posten darstellen, lehren. In Spar- und Giroguthaben zusammen verfügten die deutschen Sparkassen über einen Bestand von:

1913	= 19,7 Milliarden Mark, gleich 100 gefeßt
1926	= 3,2 " " gegen 1913 = 16,3
1927	= 5,8 " " " " " " " " 1913 = 29,4
1928	= 8,4 " " " " " " " " 1913 = 42,6
April 1929	= 9,4 " " " " " " " " 1913 = 47,7

Der Bestand des letzten Vorkriegsjahres ist noch lange nicht erreicht. Es kam damals auf den Kopf der Bevölkerung ein Sparbetrag von 291,40 M., im April 1929 dagegen nur 147,10 M., doch ist der monatliche Zuwachs heute viel größer als im Jahre 1913. Hierbei scheidet die Frage aus, woher die Sparguthaben stammen, was für die Erkenntnis sozialer Zustände wohl von großem Wert, für die Beurteilung als Faktor der Kapitalbildung jedoch bedeutungslos ist.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, daß es der deutschen Wirtschaft möglich war, während der letzten Jahre in steigendem Maße Eigenkapital zu bilden, womit sich die Abhängigkeit vom Auslande automatisch vermindert. Diese Bewegung muß, da auch die Ausgaben für Rationalisierungszwecke ihren Höhepunkt überschritten haben dürften, nachgedrungen zu einer Wohlstandsteigerung führen. Das Ausland nimmt an der Neuregelung der Reparationszahlungen, in der es keinen Wohlstandsindex mehr gibt, daran keinen Anteil mehr. In welchem Maße die deutsche Arbeiterschaft daran beteiligt werden wird, ist, um es immer wieder zu sagen, denn es bleibt ewig richtig, eine Frage ihrer gewerkschaftlichen Stärke. Fr. V.

Die freien Gewerkschaften in geschlossener Front gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

Die Kommission von Sachverständigen, die zur Begutachtung von Fragen der Arbeitslosenversicherung berufen war, hat ihre Arbeiten vollendet. Herausgekommen ist eine nicht unwesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Es ist in der Kommission zwischen den zwei entgegengesetzten Anschauungen hart gekämpft worden. Die Unternehmer sahen die Gelegenheit gekommen, eine empfindliche Verschlechterung der Gesetzesbestimmungen herbeizuführen. Mehr als 150 Abstimmungen waren notwendig, um die gegenseitigen Auffassungen wenigstens auf eine einigermaßen mittlere Linie zu bringen. Das Ergebnis ist zusammengefaßt folgendes:

Die Saisonarbeiter sollen auch weiterhin durch die Versicherung betreut werden, jedoch sollen sie nur die Unterföhung der Krisenförförge erhalten und zwar nach einer Wartezeit von 2 Wochen. Die Höhe der Unterföhung soll allgemein zu der Dauer der vorausgegangenen Beschäftigung in Beziehung gebracht werden. Die Wartezeit für alleinstehende Arbeitslose soll auf 2 Wochen verlängert, für Arbeitslose mit großer Familie auf 3 Tage verkürzt werden. In den Fällen, in denen die Lohnhöhe am Unterföhungsort geringer ist als am Arbeitsort, soll die Unterföhung der Lohnhöhe am Unterföhungsort angepaßt werden. Eine Anzahl von Personengruppen, zum Beispiel für die nicht ständig Beschäftigten, für die nebenberuflich Tätigen und die Heimarbeiter, sollen besondere Regelungen getroffen

Die Breslauer „Wuwa“ vom Standpunkte des Malers.

Die Ausstellung des Werkbundes der Deutschen Bauwerk Wohnung und Werkraum“ in Breslau, kurz die „Wuwa“ genannt, steht, soweit die 130 Wohnungen umfassende Mutterföderung in Betracht kommt, der Stuttgarter Weißenhofsföderung kaum nach. Wertvoller wird sie dadurch, daß auch eine umfassende Schau aller Bauwerkstoffe, moderner Baumethoden, technischer Einrichtungen und Wirtschaftsanlagen geboten wird. Die Halle, Arbeitsraum der Handwerker, führt uns in besonders Abteilungen Bauplanung, Bauausföhrung, Siedlungsweisen, Grundflächen der Städte usw. in Bildern, Modellen und graphischen Darstellungen, auch dem Laien verständlich, vor Augen. Einen internationalen Anflug hat die Wuwa dadurch erhalten, daß von allen Kulturländern reiches Bildmaterial über Bauwesen und Wohnart, besonders der breiteren Bevölkerungsschichten, in nach Staaten gegliederten Kojen zur Schau gestellt wird.

Bei Beginn des Rundganges findet man in der Modell- und Planungsabteilung erfreulich übersichtliche Darstellungen der Vorgänge, die sich vom Bauvorhaben bis zur Erstellung der Baumerlaubnis und Vergabung der Arbeiten vollziehen. Allerdings hat man bei der Aufzählung der Beträge, die bei der Teilnahme an Submissionen an die Reichsverbündigungsordnung gebunden sein sollen, die Maler vergessen. Ein Schönheitsfehler, den man ebenbü vermerkt wie den, daß vom Institut für rationale Betriebsföhrung bei der Berechnung der Baukosten nur 1,4% der Bauverträge für Malerarbeiten angezählt sind, während eine behördliche Stelle in einem andern Falle immerhin noch 2,5% auswirft. Interessant dabei, zu erfahren, daß der Rohbau rund 60%, der

Ausbau rund 30% und die Umgebung 10% der Gesamtbaukosten beanspruchen.

Die Werkstoffausstellung bildet durch ihre harmonische Gliederung im Zusammenhang mit der von Prof. Holzahn geleiteten Gruppe „Physik der Farbe“ wohl den gelungensten Teil der Ausstellung im Messehof. Ganz besonderes Interesse beansprucht die nach den Methoden Professor Ostwalds durchgeföhrte Ordnung und Messung der Farben, zu deren Beweisföhrung zahlreiche Beispiele und Meßinstrumente gegeben sind.

In der Abteilung „Wohnraum und Möbel“ kommt der Maler kaum in Betracht, soweit es den Wohnraum angeht. In keinem Falle ist hier im Katalog der ausföhrenden Maler angegeben, obwohl man sonst gewissenhaft alle Lieferanten aufgezählt findet. Allerdings scheint der „Raum“ in diesen Wohnräumen nichts, die Möbel aber alles zu sein. Mehr zu seinem Recht kommt der Maler und Lackierer bei den Möbeln, die sehr ansprechende Leistungen zeigen. So zeigt das Bauhaus Weimar lackierte Kindermöbel, wie sie so vollendet bisher selten zu sehen waren. Im Gegensatz dazu stehen Küchenmöbel anderer Firmen mit einer sehr minderwertigen Ausföhrung. Die Fachvertretung im Ausstellungsausschuß hätte unbedingt mehr Wert darauf legen müssen, den Gesamteindruck der Ausstellung durch minderwertige Lackierung nicht zu beeinträchtigen und das Malergewerbe nicht noch mehr zu diskreditieren. Neben dem rein Konstruktiven dürfte bei den Möbeln auch das ästhetische Moment nicht außer acht gelassen werden.

Im Wandelgang der Jahrhunderthalle sind die Wanderausstellungen „Neues Bauen des Werkbundes“, der technischen Hochschule Breslau und des Bauhauses Dessau untergebracht. Das Kernstück der Abteilung Malerei des Bauhauses bildet der Plan für eine farbige Gestaltung der Bundeschule des WGB. in Bernau. Danach unterscheiden sich die vier Hauptgebäude

durch farbige Türen, und zwar gelbe, rote, blaue und grüne. Die Stockwerke werden durch farbige Decken in den Treppenhäusern kenntlich gemacht. Von unten nach oben folgen Gelb, Rot und Hellblau. Die Wandfarbe ist in allen Zimmern einheitlich in hellem Ockerton gehalten. Nur die Vortragsäle zeigen einige Abstufungen und sollen in der Hauptsache durch das Hineinbringen farbiger Stoffe belebt werden. Neben dem methodischen Aufbau einer Farbenlehre zeigt das Bauhaus moderne Plakatkunst und Schriftemalerei. Wer unsere Vorlagen im „Fachblatt der Maler“ schon als hypermodern ansieht, wird für den „neuen“ Stil des Bauhauses schon gar nichts übrig haben. Dem schlesischen Geschmack wird die farbige Behandlung der Zimmer in der Mutterlandwirtschaft viel mehr entsprechen, da man hier weitgehend dem Farbenempfinden weniger komplizierter Menschen Rechnung getragen hat und damit ganz erfreuliche Wirkungen erzielt.

In ihrem zweiten Teil wird die Ausstellung den Erwartungen nicht ganz gerecht, die man als Handwerker an die Darstellung zweckbestimmter, nicht nur der Arbeit, sondern auch dem Arbeitenden dienender Werkräume stellt. Die im Messehof gezeigten Büroräume für große Betriebe, Schulräume, Laboratorien, Arztzimmer und Arbeitszimmer für Rechtsanwälte verdienen gewiß vollste Anerkennung. Aber schließlich gibt es ja nicht nur geistige Arbeiter. Die Masse Mensch scheint man aber nur als einen leider nicht zu entbehrenden, aber unnötigen Kosten verursachenden Bestandteil des Arbeitsraumes anzusehen. Denn das, was man in einer besondern Halle dem Besucher als Arbeitsraum des Handwerks vorführt, ist nichts anderes als eine Anhäufung von Werkzeugen und Maschinen, zwischen denen der Mensch mühsam seinen Platz behauptet. Stolz verkündet am Eingang des Hauses zum Handwerk das Goethewort:

„Allem Leben, allem Tun, aller Kunst muß das Handwerk vorausgehen, welches nur in der Beschränkung

Wer den Zug der Zeit erkannt hat, Hast gewiß auch unser

FACHBLATT

werden. Das sind im wesentlichen die Beschäfte, die im ganzen eine nicht unerhebliche Verschlechterung erkennen lassen. Dennoch reicht diese „Reform“ nicht aus, um die Fehlbeträge zu decken. Aus diesem Grunde beschloß die Kommission mit Mehrheit, eine befristete Beitragserhöhung von 1/2 % eintreten zu lassen. Die Einsparungen, die man durch obige Abänderungen zu erreichen hofft, werden auf 180 Millionen Mark veranschlagt.

Der Vorstand des ADB hatte zum 31. Juli den Bundesausschuß in Berlin zusammengerufen, um sofort gegen die ungeheure Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen. Nach dem eingehenden Bericht des Kollegen Spliedt über die Reformvorschläge des Sachverständigenausschusses, aus dem hervorging, daß den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei nur fünf Stimmen zugebilligt wurden, und daß die Vertreter der andern Gewerkschaftsrichtungen verärgert haben und besonders die Hirsch-Dunker'schen Vertreter jede Solidarität vermissen ließen, wurde nach eingehender Aussprache nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Der Bundesausschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlicher Mißbräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterstufungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf 2 Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Unerträglich ist die noch weit hierüber hinausgehende Unterstufungsbeschränkung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstufter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit kassbündig zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, und zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer erträglichen Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beantragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.“

Der Deutsche Reichstag, dem die endgültige Entscheidung zusteht, wird an der deutschen Willensäußerung der freien Gewerkschaften nicht vorbeikommen. Und er wird es erst recht nicht, wenn ihm die ungeheuren Enttäuschungen in den Ohren gellt, die von dem Resultat der Sachverständigenberatungen ausgelöst werden muß.

Im unfern Beruf

Hof a. d. E. Die Filiale hat bisher unter erheblichen Anstrengungen die Auszahlung einer Unterstützung aus Filialmitteln an durchreisende Kollegen aufrechterhalten. Umstände haben veranlaßt, daß die bisherige Gepflogenheit nicht mehr durchgeführt werden kann. Auf Beschluß einer Mitgliederversammlung werden Lokalgeldentke nicht mehr ausbezahlt! Auf der Reise befindliche Kollegen werden gebeten, davon Kenntnis zu nehmen.

Berufsunfälle

Hamburg. Drei tödliche Berufsunfälle in zwei Monaten. Am 4. Juli wurde unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege Hugo Limmernann, vom Starkstrom getroffen und so schwer verletzt, daß er am darauffolgenden Tage verstarb.

Am 14. Mai war der unorganisierte Malergehilfe Joh. Runge beim Fassadenstreichen von einem Leitergerüst abgestürzt. Er starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Am 14. Juni war der ebenfalls unorganisierte Malergehilfe Bernhard Brehmann von einer Leiter gestürzt. Auch er starb bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus.

Kiel. Am Nachmittag des 19. Juli rissen beim Aufgebordantrieb der auf der Germaniawerft in Kiel-Ooarben in Bau befindlichen Yacht (Baunummer 502) die Läufe einer Hängestellage. Zwei auf der Stellage arbeitende Kollegen stürzten ab und fielen auf einen längs liegenden Prahm. Während der eine scheinbar unbeschädigt davonkam, mußte unser Kollege Otto Heilmann schwer verletzt in eine Klinik gebracht werden. Er erlitt Bruch eines Ellenbogens, Bruch beider Handgelenke und Verletzungen am Kopf. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß die Läufe der Stellage alt und schadhast waren.

Gewertvollstes

August Brey 65 Jahre alt. Der Mitbegründer und seit 1890 ununterbrochen erster Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, August Brey, vollendete am 1. August sein 65. Lebensjahr. Seine hervorragendsten Eigenschaften sind: Bedächtiges Abwägen der Tatsachen, ausgeprägtes Verantwortungsgefühl und strengste Rechtlichkeit. Sie machten ihn zum anerkannten Führer der gegenwärtig zweitgrößten Gewerkschaftsorganisation Deutschlands. Ausgesprochener Tatkraftsinn hat ihn auch auf politischem Gebiet stets geleitet, so daß Brey im deutschen Reichstag, seit 1907 Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, eine angesehenen Stellung einnimmt. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange im Interesse seiner Organisation wie der ganzen deutschen Arbeiterbewegung wirken zu können.

Die neuerrichtete Funktionärschule des Deutschen Bauergewerksbundes am Werlsee bei Berlin konnte am 27. Juli durch eine Einweihungsfeier ihrer Bestimmung übergeben werden. Durch gründlichen Umbau eines Dorfwohnhäufes

ist fern von dem brandenden Leben der Weltstadt, aber in enger Verbindung mit ihr, eine Stätte geschaffen, die vorzüglich geeignet ist, den Schaffenden Ruhe zu Studien und die nötige Ruhe in Ferienlagern zu sichern. Wie der Vorsitzende, Kollege Bernhard, in seiner Begrüßungsrede ausführte, soll dieses Haus zeigen, was Bauleute zu schaffen vermögen. Die Güte der Arbeit an und in dem Hause soll jedem Besucher Kenntnis geben, daß es ein Haus des Deutschen Bauergewerksbundes ist. Leitender Architekt war das Mitglied Josef Veiser. Die Ausführung lag in den Händen der verschiedensten Abteilungen der Sozialen Baubetriebe. Neben einem großen Speisesaal und dem Unterrichtsfaal sind ein Kasse- und Bibliothekszimmer, ein Spielzimmer, Aufenthaltsräume usw. vorhanden. Die Wohnräume sind einfach und sauber gehalten, so daß sich jeder Bauarbeiter in dieser Heimstätte wohlfühlen wird. Modellerräume sollen den jungen und älteren Bauarbeitern zur beruflichen Schulung dienen. Ein großer schattiger Garten, direkt am See gelegen, bietet Erholung. Unter der Regelhahn befindet sich ein Boots- haus, in dem die Ruderboote des Bundes Unterkunft finden. Der Werlsee ist ein schönes Fleckchen Erde. Wir sind davon überzeugt, daß den Besuchern der Aufenthalt unergötzlich sein wird. Um den Bedürfnissen der jungen Männer nach sportlicher Betätigung in den Mußestunden zwischen Berufsschulung zu entsprechen, wurde ein großer Sportplatz erworben, wo sich die Bauarbeiterjugend gründlich auszuüben vermag. Die Schule soll in keinem Gegensatz zu der Schule des ADB, in Bernau stehen. Sie soll lediglich eine Ergänzung und Förderung der Bundesschule sein. Die besten der am Werlsee ausgebildeten Schüler werden später auf die Schule in Bernau oder auf die staatlichen Wirtschaftsschulen bzw. auf die Akademie der Arbeit geschickt.

Diese Waffenschmiede der Bauarbeiter, wie der Vorsitzende in seiner Eröffnungsrede die Schule mit Recht nannte, ist eine fruchtbringende Ausgabe im Etat des Bauergewerksbundes; das angelegte Geld wird tausendfältige Zinsen tragen. Was einst als Fata Morgana und häßlicher Traum erschien, ist durch ernste Gewerkschaftsarbeit zur Wirklichkeit geworden. Dem Bauergewerksbund übermitteln wir unsern Glückwunsch zu der Schule.

Eine „Künstler-Selbsthilfe“ ist nach vorausgegangener Fühlungsnahme mit dem Vorstand des ADB, als gemeinnütziger Verein gegründet worden. In einem Aufruf an die organisierte Arbeiterchaft heißt es, daß die Kunst bisher ausschließlich Vorrecht der wenigen Menschen war, die über Macht, Besitz und Geld verfügen. Die Kunst der Gegenwart muß in enger Verbindung mit der Gesamtheit des Volkes stehen und mitbestimmende Macht im Lebensgetriebe der aufwärtsstrebenden Arbeiterchaft werden. Arbeiter und Künstler sollten eine einheitliche Macht: das schaffende Volk sein. Zur Durchführung seiner Bestrebungen fordert der Verein „Künstler-Selbsthilfe“ die Mitglieder der im ADB, vereinigten Gewerkschaften auf, ihm mit einem Monatsbeitrag von 90 J beizutreten. Als Gegenleistung wird geboten: 1. Eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Kunst der Zeit“, 24 Seiten stark, Kunstdruckpapier, mit zahlreichen wirklich repräsentativen Abbildungen und entsprechendem Text. Die erste Nummer erscheint am 1. Oktober. 2. Eine Jahresgabe in Form einer handsignierten Original-Graphik von den bedeutendsten Künstlern Deutschlands. 3. Freien Zutritt zu den modernen Kunstausstellungen, die ständig in den Gewerkschaftshäusern veranstaltet werden. 4. Freien Zutritt zu besonderen Kunstabenden, bei denen die Künstler selbst über ihre Kunst und über die allgemeinen Kunstprobleme sprechen werden. Außerdem sollen Vergünstigungen beim Besuch von Museen und Galerien geboten werden. Die Zeitschrift hat die Aufgabe, das Verständnis

erworben wird. Eines recht wissen und ausüben, gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfältigen. Vom Handwerk kann man sich zur Kunst erheben, vom Pfuschen nie.“

Was uns das Haus des Handwerks zeigt, kann uns als Maler nicht ausführen. Zugegeben sei, daß die Darstellungen von Werkstätten in Ausstellungen immer Mängel aufweisen werden. Meist werden dem Beschauer die Werkstattverhältnisse günstiger gezeigt, als sie sind. Die Ausstellung „Das bayerische Handwerk“ in München 1927 war darin besser beraten als die „Wuwa“. Unfall- und Gesundheitschutz werden in diesen provisorischen Werkstätten ja immer zu wünschen übrig lassen, man sollte sie aber nicht ganz außer acht lassen, wie es hier vielfach geschehen ist. Am wenigsten befriedigt aber die Maler- und Lackiererwerkstätte. Man ist reichlich erstaunt, sie in eine Spezialausstellung der Lack-, Farben- und Pinselindustrie verwandelt zu sehen. Für den Platinhaber war es sicher rentabler, den Werkstattraum an Aussteller zu vermieten, als sich mit der Herichtung einer vorbildlichen Malerwerkstatt noch Kosten zu verursachen. Dem Gedanken der Ausstellung ist damit zuwidergehandelt. Fast genau so verhält es sich mit den gezeigten Musterarbeiten. Die Qualitäts-Schleiflackierungen zeigen in guter Weise den Aufbau einer Schleiflackierung, sind wohl gelungen und verdienen Anerkennung. Wenn aber der Schleiflackierer, der ja für die Maler- und Lackiererwerkstatt verantwortlich ist, die Herboloidwerke berechtigt, auf diese Schleiflackierung-Muster Möbel Plakate zu stellen, die jedem verkünden, daß die Herboloid-Seidenglanzacke die teure und zeitraubende Schleiflackierung überflüssig machen, so propagiert der Schleiflackierer die Qualitätsarbeit im Malergewerbe auf recht sonderbare Art. Das Plakat des Reichsausschusses für Sachwert-erhaltung hat man so hoch und erdrückt von größeren

Reklameschildern angebracht, daß es nur dem ins Auge fällt, der die schäbende Hand an dieser Stelle sucht. Einem Fachmann fällt es schwer, in dieser Materialausstellung eine Maler- und Lackiererwerkstätte zu sehen.

Die größte Anziehungskraft weist naturgemäß die Veranschaulichung Grände auf. Diese aus rund 130 Wohnungen bestehende Siedlung soll nicht nur die Zweckmäßigkeit moderner Raumverteilung erweisen, sondern dient gleichzeitig dazu, die theoretischen Prüfungsergebnisse der Reichsforschungs-Gesellschaft in die Praxis umzusetzen und zu erproben, ob neue Baumaterialien und die Verwendung andern Baumaterials zu einer Senkung des Bauens und somit zu einer Senkung des Mietpreises führen. Stahl, Beton, künstliche Steine und Platten sind die Merkmale modernen Bauens. Bei einer Durchwanderung der Häuser hat man aber nicht das Gefühl, Wohnungen minderwertiger Kreise zu sehen, obwohl nach dem Willen des Werkbundes das Ziel der Ausstellung in dieser Richtung liegt. Zu erreichen wäre das Ziel vielleicht, wenn eine planmäßige Rationalisierung auf dem gesamten Gebiete des Bauwesens vor sich ginge und die Einzelercheinung eines modernen Hauses zur Massenercheinung würde. Unsere Generation wird allerdings nur mit Mühe die Spannungen überwinden können, die zwischen dem modernen Haus und dem von Erziehung und Anschauung bestimmten Wohnwillen bestehen. Wenn überhaupt von einem bewußten Wohnwillen und nicht nur von einer rein gefühlsmäßig bedingten Ablehnung des Neuen die Rede sein kann. Aber schließlich wird sich auch der neue Wohnstil durchsetzen und sogar das Kadingsche Hochhaus einst das Menschengefächelt vorfinden, das die notwendige innere Einklinkung zum Gemeinschaftswohnen besitzt. Gegenwärtig dürfte die von Kadings vertretene Wohnform der Zeit voraussehen und der Mittelweg zwischen Nur-Sachlichkeit und persönlicher Eigenart für das neue Wohnen entscheidend sein. Nur das

nicht nur in konstruktiver Beziehung, sondern auch in bezug auf farbige Raumgestaltung.

In Breslau hat der Architekt dem Maler die Marschroute vorgeschrieben. Das physische und psychologische Moment des Wohnens ist dabei aber entschieden zu wenig berücksichtigt. Die Breslauer Siedlung kennt kaum Unterschiede im Willen zur Farbe. Die durchweg sehr hell gestrichenen Wände und Decken sehen sich vereinzelt wohl sehr gut an; dem Beschauer aber, den diese „Farbe“ durch die ganze Ausstellung verfolgt, können sie nur ein Gefühl der Monotonie erwecken. In der Bevölkerung ist erfreulicherweise viel mehr Freude an der Farbe vorhanden, als uns diese Ausstellung glauben machen will. Die schüchternen Versuche einiger Wandaufteilungen und farbiger Decken können diesen Eindruck nur verstärken. Sehr zum Schaden des handwerklichen Könnens ist der Architekt gar zu sehr zu Wort gekommen und hat in seinem Bestreben, die Außenarchitektur mit dem Raum in Einklang zu bringen, die Farbe fast ganz unterdrückt. Die Fassaden sind durchweg weiß, vereinzelt ganz leicht gebrochen grau. Das immer deutlicher zum Ausdruck kommende konstruktive Element braucht die Farbe nicht auszuschließen, das beweist überzeugend die von Tauf errichtete Siedlung in Berlin-Brig.

Ziehen wir den Schluß aus der Breslauer „Wuwa“, so haben wir den lebhaften Wunsch, daß der Architekt in dem Maler mehr den Handwerker sieht, der gemeinsam mit ihm das modern-technische Wohnen be- haglich macht. Die im Messehof gezeigte vorzügliche Sonderausstellung „Die Farbe“ hätte ihren Zweck vollständig verfehlt, wenn die Maler nur noch Kreide zu ver- arbeiten hätten. Wir haben die feste Überzeugung, daß die Menschen, die im September die Häuser der „Wuwa“ beziehen, ihren Wohnbedürfnissen bald durch farbige Ge- staltung der Wohnräume Ausdruck geben werden.

für das Schaffen der modernen Künstler zu wecken und erhöhten Kunstgenuss zu bieten. An der Spitze der Bewegung stehen die bekannten Künstler S. J. Ottens, Max Pechstein, Rudolf Belling, Ernst Wehnenstein, Rudolf Jacobi, Ernst Fritsch, Michel Fingesten, Wilhelm Wagner und Willy Jaechel. — Beitrittserklärungen sind an die „Künstler-Selbsthilfe“, Berlin-Frohnau, einzufenden. Der Beitrag ist für 3 Monate im voraus zu zahlen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Heidelberg vom 16. bis 18. September 1929.

Die Hauptverhandlungsthemen der Tagung sind: „Fabrikbau“ und „Fabrikspaltung“.

Zum Thema „Fabrikbau“ sprechen Geheimrat Prof. Dr. Hahn, Berlin, und Dr. Eisenberg, Berlin, vom Hygienischen Institut der Universität, Oberregierungsrat Gmele, Karlsruhe, vom Badischen Innenministerium und Prof. Hans Poelzig, Charlottenburg. Das Thema „Fabrikspaltung“ wird von Prof. Dr. Gotschlich, Heidelberg, Gewerbedirektor Dr. Gerbis, Berlin, und Dr. Reuttel, Berlin, behandelt. Eine größere Anzahl weiterer Referate gaben einen Überblick über wichtige Fragen des gesundheitlichen Arbeiterschutzes.

An die Jahreshauptversammlung schlossen sich die vierzigste Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene mit dem Hauptthema „Die Behandlung der gewerblichen Berufskrankheiten“ und ein allgemeiner gewerbehygienischer Vortragskurs an.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt am Main, Platz der Republik 49.

Sozialpolitisches

Lagerhaltung und Kaufkraft.

Es ist eine offene Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft eine übermäßig große Lagerhaltung durchschleppen muß. Die Deutsche Bank hat unter den mit ihr in Verbindung stehenden Firmen eine Umfrage veranstaltet, um die Lagerhaltung, die planmäßiger Vorratspolitik unterliegt, feststellen zu können. Ausgeschaltet wurden solche Industrien, wie beispielsweise der Kohlenbergbau, die Brauereien und andere, bei denen die Lagerhaltung anderen Grundsätzen unterliegt. Die Deutsche Bank hat zu gleicher Zeit auch die Umsätze und das Verhältnis Umsatz zu Lager festzustellen versucht. Das Jahr 1925 gleich 100 genommen, betrug der Index der Lagerentwicklung 1928 112 und der Index des Verhältnisses von Lager zu Umsatz 107. Bei günstiger Konjunktur nehmen die Lager und noch stärker der Umsatz zu. Bei ungünstiger Wirtschaftslage nehmen die Lager ab und noch stärker der Umsatz. Somit glaubt die Deutsche Bank feststellen zu müssen, daß das Lager stets hinter dem Umsatz herhinkt, die Umsatzzeschwindigkeit der Bestände in der Hochkonjunktur steigt und in der Krise sinkt. Die größeren Firmen haben im allgemeinen eine geringere Lagerhaltung als die kleinen. Wenn man den Groß- und Kleinhandel in Betracht zieht, so betrug die Lagerhaltung beim Großhandel 1928 112, beim Detailhandel 108 und bei den Kaufhäusern 118; dagegen das Verhältnis: Lager zum Umsatz Großhandel 80, Kleinhandel 106 und Kaufhäuser 88. Die Kaufhäuser schneiden also, was den Warenumschlag anbetrifft, am besten ab. Die Lagerhaltung ist nicht unwesentlich abhängig von der Konjunktur. Die Deutsche Bank hat 800 Unternehmungen untersucht, die 2500 bis 3000 Betriebe beherrschen. Sie glaubt, die Mischung derartig getroffen zu haben, daß sich das gewonnene Bild auf die gesamte deutsche Wirtschaft übertragen ließe. Die untersuchten Unternehmungen hatten am Ende des Jahres abbaufähige Lager im Betrage von 120 Millionen Mark. Nach genauen Berechnungen glaubt der Bearbeiter dieser Enquete, daß die gesamten abbaufähigen Lager der deutschen Wirtschaft, mit Ausnahme jener, die Kohlenbergbau, Lebensmittelhandel, Bierbrauereien usw., 1 1/2 Milliarden Mark betragen dürften. Es ist eine außergewöhnliche Summe von Kapital, die jahraus, jahrein gebunden gehalten werden muß. Von der obigen Bank wird es bedauert, „daß unser so üppig entwickeltes Fachverbandswesen nach dieser Richtung vollständig verfaßt habe“.

Deutschland hat wenig flüssiges Kapital und obwohl das so ist, müssen wir es erleben, daß riesige Summen in den Lagern festgefroren sind. Die Lagerhaltung bleibt ein Problem. Wäre die Kaufkraft in Deutschland nicht so gedrückt, so würde sie eine günstige Wirkung auf die Vorratshaltung haben. Letzten Endes liegt also alles in dem ungelösten Problem der Kaufkraftsteigerung begründet.

Stinnes der Sohn, kein Engel ist so rein. Von einem Berliner Gericht hatte sich der Sohn von Hugo Stinnes, dem Kriegs- und Inflationsgewinner allergrößten Stiles, wegen Kriegsanleihebückungen zu verantworten. Neben ihm eine Reihe kleinerer Schieber, die mit diesem Träger eines großen Namens über Nacht reiche Leute werden wollten. Mehr als zwei Monate haben diese Schieberfiguren vor den Schranken des Gerichts gesessen. Ein buntes Gemisch in- und ausländischer Anwälte. Sie wollten aus Neubeständen Alibi machen und das Deutsche Reich um Millionen schädigen. Die berühmtesten Rechtsanwälte wurden aufgeboten, um zu verhindern, daß ein Hugo Stinnes hinter schwedische Gardinen kam. Der erste Rechtsanwalt Berlins hat viele Stunden hindurch, natürlich gegen ein angemessenes Honorar, das in die Hunderttausende geht, seine ganze Dialektik spielen lassen, um den Schlag zu parieren. Es ist so gekommen, wie es viele Leute nicht vorausgesehen haben, nämlich daß die Kleinen gehängt und die Großen laufen gelassen wurden. Hugo Stinnes selbst wurde freigesprochen. Einige von diesen unangenehmen Zeitgenossen wurden zu Gefängnis und Geldstrafe verurteilt. Wenn auch die Hauptperson freigesprochen wurde, so nahm das Gericht doch eine normale Steigerung vor. In der Urteilsbegründung heißt es: „Es war eine unverzeihliche Fahr-

lässigkeit von Stinnes, die um so schwerer wiegt, als er nach seinen eigenen Angaben bei der Finanzierung des Anleihegeschäfts mit Geld arbeitete, das nicht ihm gehörte, sondern ihm von befreundeter Seite anvertraut war. Ein erheblicher Verdacht bleibt bestehen, daß Stinnes schon zu Anfang bösgläubig war, wenn auch Gewißheit darüber für das Gericht nicht besteht.“ — Doch was nützt diese moralische Verurteilung, wenn jedermann sieht, daß hier ein ungeheurer Staatsapparat aufgeboten wurde, um schließlich zu einem solchen Ergebnis zu kommen. Selbst das „Berliner Tageblatt“ schreibt angesichts dieser Tatsache: „Es war zu allen Zeiten schwierig, gegen Große aufzutreten und sie den Befehlen zu unterwerfen, die gegen die Kleinen leicht in Bewegung zu setzen sind.“ In der Tat, hätten kleine Leute vor Gericht gestanden, dann wäre der Prozeß in wenigen Tagen zu Ende gewesen und die Angeklagten wären zu hohen Strafen verurteilt worden. Dennoch soll es keine Klassenjustiz mehr geben, obwohl Tatsachen dies täglich bestätigen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Berufungsinstanz obigen Fehlspruch korrigiert.

Verschiedenes

Leipziger Technische Messe und Baumesse im Herbst 1929. Die Technische Messe und Baumesse in Leipzig findet gleichzeitig mit der Mustermesse vom 25. bis 31. August statt. Eine besonders reiche Besichtigung wird die Baumesse in Halle 19 und auf dem Freigelände aufweisen, so daß man mit einem zahlreichen Besuch rechnet, zumal während der Messe eine Vortragsreihe über Bau- und Finanzierungsfragen abgehalten wird. Im engen Zusammenhang mit der Baumesse stehen auch die Ausstellungen von Herden, Badeeinrichtungen und -öfen und Installationsgerät für Gas und Wasser in Halle 4. Wie üblich, werden wiederum diejenigen Hallen, in denen während der Frühjahrsmessen die großen Ausstellungsobjekte untergebracht werden, zur Herbstmesse geschlossen bleiben. In Frage kommen das Haus der Elektrotechnik mit elektrischen Großanlagen, Halle 21 mit Verbrennungskraftmaschinen und Halle 9 mit Großwerkzeugmaschinen. Dafür finden die Ausstellungen von elektrischen Maschinen und Geräten, für die sich besonders das Installationsgewerbe interessieren wird, in Halle 5, die Ausstellung von Werkzeugmaschinen und Maschinen für Holz- und Metallbearbeitung, wie sie vor allem das Handwerk gebraucht, in den Hallen 11 und 12 statt. Die Interessen des Handwerks werden auch noch durch einige Sonderveranstaltungen auf der Herbstmesse Berücksichtigung finden.

Auch die Leipziger Herbst-Möbelmesse (25. bis 31. August) ist nach gelungener Einigung über die Ausgestaltung zwischen Vertretern des Deutschen Möbel-Fachverbandes und dem Leipziger Messamt geschlossen. Geschlossen wurde wiederum, zum Besuch der Möbelmesse nur Wiederverkäufer der Möbelbranche zuzulassen und für diese Sonderausweise auszugeben. Da man in der Hauptversammlung des Deutschen Möbel-Fachverbandes, die vor kurzem in Bochum stattfand, zu dem Ergebnis gekommen ist, daß nur die Leipziger Messe für die Möbelindustrie in Frage komme, ist in diesem Herbst mit einer reichhaltigen Besichtigung zu rechnen.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebrauchsmuster.

Kl. 75 c. 1 081 526. Fahrbare Spritzmaschine. Leipziger Langier-Werk Akt.-Ges., Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 35.

Kl. 75 c. 1 081 525. Luftfilter, insbesondere für Farbspritzmaschinen und dergleichen. Leipziger Langier-Werk Akt.-Ges., Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 35.

Kl. 75 c. 1 081 146. Farbspritzapparat. Drüe & Schumann, Zeitz.

Erteiltes Patent.

Kl. 75 c. 480 657. Farbenharmonievorrichtung. Reinhold Hermann, Donaueschingen.

Submissionsblätter. In Rudolstadt (Thüringen) war in den Submissionsbedingungen für die Schule Anton-Sommer-Straße vorgeschrieben:

Position 1. 400 qm Deckenflächen abschaben und abwaschen, Risse verfilzen, nach Angabe abgetönt mit Leimfarbe zu streichen.

Position 2. 650 qm Wandfläche (dieselben Vorarbeiten) mit Leimfarbe in mittleren Tönen streichen und mit farbigem Wschlußstrich versehen. Bei beiden Positionen sind Leitungen, eiserne Unterzüge usw. mit Delfarbe vorzustreichen und in den Preis einzurechnen.

Position 3. 350 qm gestrichene Delfarbockel zweimal mit Delfarbspachteln, jedesmal gut schleifen und streichen, zweimal mit Delfarbe streichen und mit Emaillelack lackieren.

Position 4. 22 qm Glasabschlüsse nach Angabe gut deckend streichen und lackieren.

Position 5. 45 laufende Meter Treppengeländer dergleichen.

Position 6. 2 Heizkörper gut deckend mit Heizkörperlackfarbe streichen.

Dazu heißt es in der Vorbemerkung, daß sich die Preise unter ausdrücklicher Voraussetzung und besonderem Hinweis auf die technischen Vorschriften für Bauleistungen (Deutsche Industrie-Norm vom August 1925, Nummer 1976) und den dort bezeichneten Bestimmungen verstehen. „Für die Güte der Arbeiten hat die Unternehmer fünf Jahre!“ Bei Lieferung schlechter Arbeiten oder Verwendung von minderwertigem Material soll der Ausführende von allen späteren Aufträgen der Stadt ausgeschlossen werden. In den Preisen einbezogen ist das Abrücken der Schränke und Regale. Mehr- oder Minderleistungen bedingen keine Erhöhung der Einheitspreise. Wenn noch erwähnt wird, daß die Arbeit zwischen

dem 11. und 29. Juli 1929 auszuführen war, und daß das Stadtbauamt im voraus für die Bemessungen bei den aufzustellenden Berechnungen dankte, so hat man ein ziemlich vollständiges Bild über den zu vergebenden Auftrag.

Bei den eingelaufenen Angeboten verlangte der Mindestfordernde 817 M., der Höchstfordernde 1688 M.; die Differenz beträgt 1071 M. oder 131 Prozent. Einparungen am Material lassen sich auch bei den zweckmäßigsten Arbeitsmethoden nicht machen. Da aber kaum anzunehmen ist, daß der Billigste die Arbeit allein ausführen wollte, blieb ihm nur die Hoffnung, am Lohn soviel zu sparen, daß noch der „angemessene Verdienst“ bliebe, auf den er doch bestimmt nicht verzichten wollte. In Rudolstadt bestehen bei 16 000 Einwohnern 43 selbständige Malerbetriebe. Das Bauamt konnte sich ein Verdienst erwerben, wenn es die Ausführung von Fachleuten überwachen ließ, da es anders eine Gewähr für gute Facharbeit kaum haben konnte. Damit hätte es dann auch unsern Malergewerbetreibenden einen guten Dienst geleistet, denn auf andere Art ist solchen „Rechenkünstlern“ nicht beizukommen. Alles weitere können sich unsere Kollegen von den jüngsten Lehrlingen erklären lassen.

Bereinstell

Eingesandt haben: Aachen 270 M., Berlin 3000, Bernburg 700, Deutzen 250, Celle 400, Cuxhaven 150, Darmstadt 1585, Dresden 1200, Dären 180, Oberwalde 198,08, Eisenach 800, Freiburg i. Breisgau 150, Friedberg 1100, Gera 1150, Gießen 500, Gbrüg 747,21, Gotha 1200, Greifswald 120, Greiz 1486,82, Göttingen 200, Halberstadt 450, Halle 300, Hamborn 220, Hildesheim 180, Hildenburg 100, Kaiserslautern 200, Koblenz 500, Köln 800, Königsberg 1500, Königsbrunn 155, Kottbus 748,80, Landeshut 100, Leipzig 3000, Lörrach 209,80, Lübeck 1000, Lüneburg 100, Magdeburg 2750, Marburg 600, Meerane 300, Mülheim a. d. R. 400, München 1800, Münster 300, Neumünster 500, Neustadt a. d. S. 497,88, Neuwied 600, Osnabrück 100, Potsdam 2000, Schweinfurt 100, Singen 120, Spremberg 100, Steffin 3000, Ulm 200, Weiden 150, Wiesbaden 600, Wismar 400.

Louis Ringel, Kassierer.

Literarisches

Die Vertretung der Versicherer in den reichsgesellschaftlichen Krankenkassen. Der Vorstand des VDBV, Berlin S 14, Inselstraße 6, hat im Eigenverlag eine Broschüre herausgegeben, in der die Ergebnisse der letzten Vertreterwahlen in der Krankenversicherung und den Landesversicherungsanstalten, unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsangehörigen der gewählten Arbeitervertreter, eingehend gewürdigt sind. Das vorzüglich und überaus sorgfältig geordnete Material verdient die Aufmerksamkeit aller Arbeiter und ist für die im öffentlichen Versicherungswesen tätigen Kollegen unentbehrlich. Die Broschüre kostet 1,25 M. Der Organisationspreis beträgt 95 S.

Reisen und Wandern als Erholung ist für die Arbeiterschaft erst in neuer Zeit tatkräftig geworden. In ihrer neuesten Sondernummer „Die gemeinwirtschaftlichen Gaststätten und Reiseorganisationen“ bringt Die Gemeinwirtschaft darüber aus sachkundigen Federn Abhandlungen mit Bildern. Das Heft belehrt über manches, von dem die Öffentlichkeit bisher nichts oder nur wenig wußte. Wir erfahren vieles über die mehr als 130 Reisevereine, über die Organisationen der Vereine beim Genossenschaftswesen, über die Naturfreunde und werden auch mit den Verkehrsverbänden bekannt. Selbst die Reichsreisebahnen sind mit einem instruktiven Artikel über ihre Reiseförderungsmaßnahmen vertreten. „Die Gemeinwirtschaft“ kann von jeder Buchhandlung, Post oder direkt vom Verlag der Gemeinwirtschaft, Jena, bezogen werden. Der Preis beträgt vierteljährlich 2,40 M.

Vom 5. August bis 11. August ist die 32. Beitragswoche. Vom 12. August bis 18. August ist die 33. Beitragswoche.

Sterbefälle.

Berlin. Am 25. Juli starb an Bleivergiftung unser treuer Kollege und Mitgründer der Jahressalle Arnswalde Ernst Konrad im 35. Lebensjahre. — Am 25. Juli starb an den Folgen eines Unglücksfalles der Kollege Karl Bigalsky im 46. Lebensjahre.

Dresden. Am 4. Juli starb an Schlaganfall unser Kollege Friedrich Sprewitz (Invalide) im Alter von 66 Jahren. — Am 20. Juli starb nach langer Krankheit an Kehlkopf-Tuberkulose unser Kollege, der Invalide Karl Wolff im Alter von 44 Jahren. — Am 27. Juli starb infolge Schlaganfall unser langjähriges treues Mitglied, der Invalide Heinrich Köhler im Alter von 67 Jahren.

Sorau. Am 14. Juni starb nach langem Leiden an Wassersucht der Kollege Richard Müller im Alter von 37 Jahren.

Ehrendem Andenken!

Fernunterricht über Malerbuchführung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsprüfung. Franz Wenzel, Raunhof b. Leipzig.

MALERFACHSCHULE

Höhere Gewerbeschule

Karlsruhe (Baden), Adlerstraße 29

Semesterbeginn: 1. Oktober 1929

2 aufsteigende Semester von je 5 Monaten Dauer

Schluss der Anmeldungen: 1. September 1929

Auskunft durch die Direktion